

Regionale Disparitäten in Österreich beim Übergang von der Pflichtschule auf den Arbeitsmarkt



1. Einleitung

Die Ausgangslage ist bekannt: 15- bis 19-Jährige mit Migrationshintergrund befinden sich am Arbeitsmarkt in einer prekären Lage: Nach der Pflichtschule, die etwas später als im Durchschnitt beendet wird, absolvieren rund 14.000 keine weitere betriebliche oder schulische Ausbildung – das Risiko dafür ist mehr als dreimal so hoch wie bei anderen Gleichaltrigen (18 zu fünf Prozent). Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich allerdings – für manche vielleicht unerwartet – bewusst nicht mit dem Ausmaß dieser und möglicher weiterer Unterschiede von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, denn Beiträge, die den öffentlichen Diskurs mit immer aufs Neue bestätigten Informationen über die Defizite von Zugewanderten und ihrer Kinder versorgen, gibt es mehr als genug. Vielmehr soll einer Frage nachgegangen werden, aus deren Beantwortung die Hauptstoßrichtung weiterer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für die Zielgruppe der PflichtschulabgängerInnen ohne weitere Ausbildung (ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund) ableitbar ist, nämlich: Inwiefern liegt hier überhaupt ein Bildungsversagen dieser Jugendlichen vor, das auf deren abstrakten Migrationshintergrund zurückgeführt werden kann, und nicht vielmehr ein Versagen des Bildungssystems selbst, samt seiner angrenzenden Institutionen.

Ein zentrales Ergebnis der vom Institut für Kinderrechte im Auftrag der oberösterreichischen Landesregierung durchgeführten und von der Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation des AMS Österreich fachlich unterstützten ESF-Studie* zum Arbeitsmarkteinstieg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist: Ein beträchtliches Ausmaß der Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund ist durch Faktoren erklärbar, die mit einem »abstrakten Migrationshintergrund« nichts oder nur wenig zu tun haben. Deshalb wird mit dieser Arbeit für einen Paradigmenwechsel in der arbeitsmarktpolitischen Integrationsdebatte plädiert: Weg von der Fixierung auf die Defizite migrantischer Jugendlicher und hin zu einer stärkeren Beachtung jener gesellschaftlichen Bedingungen, durch die diese in zahllosen Untersuchungen immer wieder aufs Neue bestätigte Ungleichheit zwischen Jugendlichen aus zugewanderten und altingesessenen Familien stets verlässlich reproduziert wird.

Um die postulierte Fragestellung beantworten und gleichzeitig die im Integrationsdiskurs allgegenwärtige Defizitorientierung vermeiden zu können, war ein Bundesländervergleich, also ein

Vergleich von Systemen und Institutionen, das Mittel der Wahl, denn: Wenn sich beim Übertritt Jugendlicher mit Migrationshintergrund nach der Pflichtschule signifikante Unterschiede zwischen den Bundesländern ergäben, die auch unter Berücksichtigung sozialer Hintergrundfaktoren bestehen bleiben, wäre dies ein Beleg für die Systembedingtheit der untersuchten Transitionen zwischen Schule und Arbeitsmarkt.

Der Bundesländervergleich erfolgte auf Basis der Arbeitskräfteerhebung der Jahre 2004 bis 2010 im Rahmen des Mikrozensus, die aus mehreren Gründen dafür geeignet erschienen: (a) Durch Aggregation aller sieben Jahresdatensätze erhält man auch für die sehr spezifische Untersuchungsgruppe der 15- bis 19-Jährigen mit Migrationshintergrund auf Bundesländerebene eine ausreichende Zahl analysierbarer Fälle, (b) die Arbeitskräfteerhebung konzentriert sich auf arbeitsmarkt- und bildungsrelevante Themenbereiche und ist damit für das gegenständliche Thema bestens geeignet, und (c) die Ausführung des Panels als Haushaltsstichprobe ermöglicht es – speziell im Fall der 15- bis 19-Jährigen – auch den Bildungshintergrund und die berufliche Situation der Eltern der untersuchten Jugendlichen in die Analyse einzubeziehen – ein nicht zu unterschätzender Vorteil gegenüber den für Arbeitsmarktanalysen häufig verwendeten Registerdaten.

2. Hauptergebnisse

Hauptergebnis der Analyse ist: Der Bildungshintergrund der Eltern (und nicht der Migrationshintergrund) bestimmt in Österreich nach wie vor sehr stark die Bildungsbiographie eines Schülers bzw. einer Schülerin. Darüber hinaus besteht hinsichtlich der von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien nach der Pflichtschule realisierten biographischen Optionen hinsichtlich mehrerer Dimensionen ein starkes Ost-West-Gefälle, das auch unter Be-

* Winfried Moser, Marion Hackl, Caterina Hannes, Marion Wenty, Andrea Poschako, Brigitte Mosberger (2011): Berufsorientierung und Berufseinstieg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Oberösterreich, beauftragt vom Land Oberösterreich auf Initiative des Paktes für Arbeit und Qualifizierung für Oberösterreich, koordiniert von der Integrationsstelle Oberösterreich, gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Mitteln des Landes Oberösterreich, Auftragnehmer: IKEB – Institut für Kinderrechte & Elternbildung, abif – Analyse, Beratung und interdisziplinäre Forschung, Download der Langfassung dieser Studie unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«.

rücksichtigung sozialer Hintergrundfaktoren der untersuchten Jugendlichen bestehen bleibt (Anmerkung: Verglichen werden in der Analyse die Flächenbundesländer, Wien wurde aufgrund seiner strukturellen Sonderstellung außen vor gelassen. Die Bundesländer Niederösterreich, Burgenland, die Steiermark und Kärnten werden in diesem Artikel als östliche Bundesländer bezeichnet; Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg als westliche):

- a) In den westlichen Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich brechen Jugendliche mit Migrationshintergrund nach der Pflichtschule deutlich häufiger die Ausbildung ab, die gefundenen Unterschiede schwanken beträchtlich zwischen acht Prozent im Burgenland und 24 Prozent in Tirol (siehe folgende Tabelle).

15- bis 19-Jährige mit Migrationshintergrund ohne weiterführende Ausbildung

| B | K | N | S | St | W | O | V | T | Ost | West | Österr. |
|-----|-----|-------|-----|-------|-------|-------|-----|-------|-------|-------|---------|
| 8% | 12% | 15% | 16% | 17% | 18% | 20% | 23% | 24% | 15% | 20% | 18% |
| 124 | 366 | 1.669 | 810 | 1.005 | 5.719 | 2.473 | 960 | 1.321 | 3.163 | 5.565 | 14.447 |

- b) Nicht nur die Integration in das weiterführende Bildungssystem fällt im Westen schlechter aus, sondern auch die Benachteiligung gegenüber Gleichaltrigen ohne Zuwanderungsgeschichte. In Abbildung zwei ist dargestellt, um wievielfach häufiger Jugendliche mit Migrationshintergrund als Jugendliche aus alteingesessenen Familien nach der Pflichtschule die Ausbildung beenden. Auch hier ist die Variabilität enorm: Im Burgenland ist das Risiko um das 1,6-fache erhöht, in Vorarlberg hingegen um das Fünffache (siehe folgende Tabelle).

Weiterbildungsbenachteiligung: 15- bis 19-Jährige mit Migrationshintergrund ohne weiterführende Ausbildung im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund

| B | W | K | NÖ | St | T | S | OÖ | V | Ost | West | Österr. |
|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|------|---------|
| 1,6 | 2,0 | 2,9 | 3,2 | 3,6 | 4,2 | 4,6 | 4,8 | 5,0 | 3,3 | 4,6 | 3,5 |

Lesebeispiel: In Vorarlberg absolvieren 15- bis 19-Jährige mit Migrationshintergrund fünfmal so häufig keine weiterführende Ausbildung wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund

- c) Auswirkungen dieser Ungleichheit zeigen sich ebenso in generationenübergreifender Perspektive: Im intergenerationalen Vergleich zählen Kinder von Zuwanderern speziell in den westlichen Bundesländern, besonders in Oberösterreich, viel häufiger zu den Bildungsverlierern. Die relativen Bildungspositionen der heute 15- bis 19-Jährigen mit Migrationshintergrund, d.h. die Bildungspositionen im Vergleich zu Nicht-MigrantInnen, haben sich gegenüber jener ihrer Eltern sogar verschlechtert.

Wir können somit von einem dreifachen Ost-West-Gefälle sprechen, das sich allerdings nicht im urbanen Raum manifestiert, sondern besonders im Umland der Städte und im ländlichen Raum, wo in Westösterreich immerhin fast zwei Drittel (!) der 15 bis 19-jährigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund leben.

3. Erklärungsansätze

Diese Befunde verwundern, vor allem aufgrund der besseren Arbeitsmarktdaten in den westlichen Bundesländern: Die Lehrstellenlücke ist vergleichsweise klein, die Arbeitslosigkeit niedriger, die Einkommen höher als im Osten; warum gelingt unter diesen an sich positiven Voraussetzungen die Integration ins weiterführende Schulsystem nicht besser? Im Folgenden werden strukturelle Ursachen untersucht, die auf den Übertritt in den Arbeitsmarkt bzw. in die weiterführende betriebliche und schulische Ausbildung Einfluss haben und gleichzeitig die Ost-West-Unterschiede erklären können:

- a) Das Ost-West-Gefälle ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass in den westlichen Bundesländern verstärkt Menschen angeworben wurden, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen – ihr Anteil liegt in sämtlichen Alterskategorien um zehn bis 20 Prozentpunkte höher als im Osten. Im Westen sind also bereits die Eltern der Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich schlechter gebildet, durch die Weitervererbung dieser nachteiligen Bildungsvoraussetzungen in dem dafür bekanntermaßen anfälligen österreichischen Schulsystem wird der Übergang der aktuell 15- bis 19-Jährigen ins weiterführende Schulsystem deutlich erschwert. Dieser Zusammenhang bestätigt sich auf bei Überprüfung auf individueller Ebene, wobei das Ost-West-Gefälle nur zum Teil, aber nicht vollends, dadurch erklärt werden kann.
- b) Außerdem zeigt sich auf Ebene der Bundesländeraggregate eine Koinzidenz zwischen der Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte und ihrem Anteil an der Bevölkerung, der in den westlichen Bundesländern deutlich höher ist. Diese Koinzidenz wirft die Frage auf, ob hier Bildungs-Plätze ab einem bestimmten Zuwanderer-Anteil überproportional an autochthone Jugendliche vergeben werden und wie diese Selektion genau vor sich geht (denn mithilfe der Mikrozensus-Daten kann dieser Zusammenhang nur im Aggregat, nicht aber auf individueller Ebene untersucht werden). Jedenfalls ist davon auszugehen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer schlechteren Abschlusszeugnisse beim Übertritt ins weiterführende betriebliche oder schulische Ausbildungssystem – insbesondere in die BHS – entscheidend benachteiligt sind: Selbst bei bestandener Aufnahmeprüfung werden die Schulnoten als Selektionskriterium schlagend, wenn es mehr BewerberInnen als Plätze gibt. Das kann durchaus dazu führen, dass verfügbare Schulplätze oder offene Lehrstellen nicht mit den Bestgeeigneten besetzt werden, sondern entlang des Merkmals »Migrationshintergrund«.
- c) Hinzu kommt, dass es auf Ebene der Sekundarstufe II in den westlichen Bundesländern ein geringeres Angebot an Schulplätzen gibt, wohl aufgrund des guten Angebotes an betrieblichen Ausbildungsalternativen, die dort ein vergleichsweise hohes Ansehen genießen. Diese spezifisch westliche Schwerpunktsetzung des Bildungssystems ist historisch gewachsen, führt aber zu einer (nicht-intendierten) Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Deren geringere Teilnahmewahrscheinlichkeit an matura-führenden Schulen kann nur teilweise auf den nachteiligeren Bildungshintergrund zurückgeführt werden und ist damit Ausdruck einer syste-

misch bedingten Selektion: Eine Analyse des Schulbesuches getrennt nach Bildungshintergrund der Eltern ergibt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund selbst bei gleichem Bildungsniveau der Eltern im Osten deutlich bessere Weiterbildungspositionen erreichen als im Westen und dass dieser Ost-West-Unterschied stärker ist als bei autochthonen Jugendlichen. Ein Beispiel: Jugendliche, deren Eltern ausschließlich über einen Pflichtschulabschluss verfügen, besuchen in den östlichen Bundesländern zu zwölf Prozent eine BHS, in den westlichen hingegen nur zu sechs Prozent. Migrantische Jugendliche nutzen somit das im Osten stärker ausgebaute weiterführende Schulsystem besonders intensiv zur Verbesserung ihrer Voraussetzungen für den Arbeitsmarkteinstieg.

- d) Auch regionalspezifische Unterschiede in der Notengebungspraxis könnten für das Ost-West-Gefälle verantwortlich sein, wobei diese Hypothese mit öffentlich zugänglichen Daten nicht überprüfbar ist. Zwar ist die Stichprobe der PISA-Studie für Bundesländervergleiche von Kindern mit Migrationshintergrund nicht groß genug, allerdings ist darauf hinzuweisen, dass bereits hinlänglich bekannt ist, dass die Nutzung des Schulangebotes nicht nur eine Frage von individuellen Leistungen ist. Schulische wie auch betriebliche Ausbildungsplätze bilden einen Angebotsmarkt, in dem das Angebot die Nachfrage bestimmt – ein Angebot, das geplant und nicht naturwüchsig ist und bei geänderten Bedingungen auch neu geplant werden kann, wofür an dieser Stelle mit Nachdruck plädiert wird.
- e) Betriebliche Ausbildungsalternativen sind aufgrund des niedrigeren Standardisierungsgrades ihrer Auswahlmechanismen noch anfälliger für ethnische Diskriminierung als schulische (und jedenfalls anfälliger als Berufspositionen, die eine höhere Ausbildung erfordern). Im Verbund mit dem traditionell hohen Gewicht der Lehrlingsausbildung in den westlichen Bundesländern führt das zu einer stärkeren Bildungssegregation entlang des Merkmals »Migrationshintergrund«. Abgemildert wird dieser negative Effekt allerdings dadurch, dass – bedingt durch die geringere Lehrstellenlücke – die Benachteiligung von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in der Lehrlingsausbildung zumindest schwächer ausgeprägt ist als im Osten. Weiters könnte die unterproportionale Teilnahme Jugendlicher mit Migrationshintergrund an betrieblichen Ausbildungsalternativen auf den niedrigen Bekanntheitsgrad des dualen Ausbildungssystems unter zugewanderten Eltern, aber auch auf deren schlechtere soziale Vernetzung zurückzuführen sein. Nicht zu vergessen sind die oft unerwartet hohen Bildungsaspirationen Jugendlicher aus Zuwandererfamilien: Migration wird schließlich als familiäres Aufstiegsprojekt betrachtet, und zudem besitzt manuelle Arbeit, wohl nicht zuletzt aufgrund der häufig schlechten beruflichen Positionen der Eltern, ein geringes Prestige.
- f) Ein zusätzlicher Grund für das Ost-West-Gefälle könnte sein, dass in den ostösterreichischen Bundesländern ein (kleiner) Teil der Jugendlichen mangels beruflicher Optionen nach der Pflichtschule eine schulische Laufbahn einschlägt (d.h. mangels vorhandener HilfsarbeiterInnenjobs). Ein Beleg dafür wäre, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund, die ausschließlich über eine Pflichtschulausbildung verfügen, in Westösterreich deutlich häufiger erwerbstätig sind, wodurch die

Gruppe der NEETs (Not in Education, Employment or Training) dort etwas kleiner ausfällt.

4. Empfehlungen

- a) Jugendliche mit Migrationshintergrund erleben nach der Pflichtschule einen deutlich schwierigeren Übergang in die weiterführende betriebliche und schulische Ausbildung, es zeigte sich allerdings, dass die Übergänge in den östlichen Bundesländern, wo es ein besser ausgebautes schulisches Weiterbildungsangebot gibt, weniger schwierig verlaufen. Das bedeutet gleichzeitig: Nicht geglückte Übergänge sind zum Teil systemischen und damit nicht-individuellen Defiziten zuzuschreiben. Derzeit wird versucht, den Schwierigkeiten beim Übergang mit Hilfe von Maßnahmen zu begegnen, die sich sehr stark auf die Defizite der betreffenden SchülerInnen konzentrieren, die im Nachhinein (und vergleichsweise teuer) mit ÜBAs und neuerdings Produktionsschulen korrigiert werden sollen.

Diese Ausbildungsalternativen haben die undankbare (und unlösbare) Aufgabe, im Nachhinein die Fehler eines Schulsystems zu korrigieren, das erst jetzt im Begriff ist, sich auf eine stetige Zuwanderung einzustellen. Da das Schulsystem Selektionsmechanismen aufweist, die sich nicht an der Leistung der SchülerInnen orientieren, sondern an Merkmalen, die die SchülerInnen selbst nicht verändern können (sozialer Hintergrund, Migrationshintergrund), werden die Hilfsmaßnahmen zu stigmatisierenden Institutionen (ÜBAs als »Lehre zweiter Klasse«). Die Überlegungen fokussieren mithin zu wenig auf die Wirksamkeit des Schulsystems selbst, zu wenig auf dessen starke soziale Selektivität.

- b) Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund zwar nach der Pflichtschule häufiger die Schule verlassen, innerhalb des Segmentes der BildungsabrecherInnen sind sie jedoch gegenüber Nicht-MigrantInnen, die ebenfalls nach der Pflichtschule keine weiterführende Bildung absolvieren, nicht mehr zusätzlich benachteiligt. Die Anteile der Erwerbstätigen wie auch der Arbeitslosen unterscheiden sich in den beiden Gruppen nicht signifikant. Aus diesem Blickwinkel wären Maßnahmen wie die im vorigen Jahr vorgeschlagene »Task-Force Migration« oder der bereits eingeführte »Migrantenindex« nur dann sinnvoll, wenn mithilfe der erhobenen Daten untersucht wird, inwiefern das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem selbst – d.h. Schulen, Ausbildungsbetriebe, die staatliche Bildungs- und Arbeitsmarktverwaltung – das Wirksamwerden meritokratischer Prinzipien behindern und damit das Merkmal der Migration zu einem immer wichtigeren Selektionskriterium machen. Für die alltäglichen Beratungsangebote des AMS sollten Informationen über den Migrationshintergrund hingegen keinerlei Auswirkung haben.

Freilich ist im öffentlichen Diskurs nicht davon die Rede, dass mithilfe des »Migrantenindex« die Weitervermittlungs- und Aufnahmep Praxis von Schulen oder die Einstellungs- und Ausbildungspraxis von Betrieben beurteilt wird (etwa im Zusammenspiel mit der Lehrstellenförderung). So wie der »Migrantenindex« der Öffentlichkeit vermittelt wird, wirkt er

stigmatisierend und stellt MigrantInnen als defizitäre Menschen dar, die gezielt betreut werden müssen, um sich am Arbeitsmarkt zurechtfinden zu können. Er konzentriert sich – wie viele Maßnahmen – zu stark auf kolportierte Integrationsdefizite von Zuwandererfamilien und zu wenig auf die Integrationsdefizite autochthoner Institutionen, die für die Integration der Jugendlichen ins Erwerbsleben zuständig sind. Die einseitige Implementierung von Monitoring-Systemen wie dem »Migrantenindex« leistet dieser Asymmetrie weiter Vorschub, macht aber – auf diese Weise isoliert – keinen Sinn.

- c) Die Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität des Schulsystems sind wohlbekannt: Bildung muss früher im Leben beginnen (im Kindergarten), darf nicht so früh selektieren (Gesamtschule), muss in der Grundschule ihre sozial integrative Funktion wahrnehmen (Ganztageschule) und sollte angesichts der allgemeinen Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte länger dauern (Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr, inklusive Reform der neunten Schulstufe). Als besonders wichtig ist eine Reform der Durchlässigkeit des Bildungssystems einzustufen. Zusätzlich zu den 80.000 Kindern, die jedes Jahr regulär in die erste Klasse Volksschule kommen, werden durch Zuwanderung pro Jahr etwa 17.000 Bildungs-

QuereinsteigerInnen im Pflichtschulalter erwartet; die Anteile derer, die den Übertritt in die Oberstufe nicht ohne Umwege bewältigen können, wird größer, und auch der Anteil der 19- bis 24-Jährigen mit Lehrabschluss, die bereits einen Berufswechsel hinter sich haben, ist mit 25 Prozent überraschend hoch und wird mit dem zunehmenden Gewicht dienstleistungsorientierter Tätigkeiten noch weiter steigen.

5. Fazit

Es ist also davon auszugehen, dass Bildungsverläufe und Berufseinstiege zunehmend auf verschlungenen Pfaden verlaufen und vordefinierte Bildungskarrieren immer stärker an Gewicht verlieren, und zwar bei Zugewanderten wie bei Nicht-Zugewanderten. Diese gesellschaftliche Entwicklung muss in einer Flexibilisierung des Bildungssystems ihre Entsprechung finden, in dem Übergangskorridore zwischen Ausbildungsinstitutionen nicht so eng gesteckt sind, wie es derzeit der Fall ist, aber auch in der Entwicklung eines entsprechenden standardisierten, transparenten und nachvollziehbaren Stipendienwesens, durch das spätere Einstiege in das weiterführende Schulsystem – ähnlich der universitären Ausbildung – individuell finanziert werden können.

www.ams-forschungsnetzwerk.at

... ist die Internet-Adresse des AMS Österreich für die Arbeitsmarkt-, Berufs- und Qualifikationsforschung

Anschrift der Auftragnehmer

Österreichisches Institut für Kinderrechte und Elternbildung
Ballgasse 2, 1010 Wien, Tel.: 01 5121298-57
E-Mail: office@kinderrechteinstitut.at, Internet: www.kinderrechteinstitut.at
abif - Analyse, Beratung und interdisziplinäre Forschung
Einwanggasse 12/5, 1140 Wien, Tel.: 01 5224873, Fax: DW 77
E-Mail: office@abif.at, Internet: www.abif.at

Die Publikationen der Reihe AMS info können als pdf über das AMS-Forschungsnetzwerk abgerufen werden. Ebenso stehen dort viele weitere interessante Infos und Ressourcen (Literaturdatenbank, verschiedene AMS-Publikationsreihen, wie z. B. AMS report oder AMS-Qualifikationsstrukturbericht, u. v. m.) zur Verfügung.

www.ams-forschungsnetzwerk.at oder
www.ams.at – im Link »Forschung«

Ausgewählte Themen des AMS info werden als Langfassung in der Reihe AMS report veröffentlicht. Der AMS report kann direkt via Web-Shop im AMS-Forschungsnetzwerk oder schriftlich bei der Communicatio bestellt werden.

AMS report Einzelbestellungen
€ 6,- inkl. MwSt., zuzügl. Versandkosten

AMS report Abonnement
12 Ausgaben AMS report zum Vorzugspreis von € 48,- (jeweils inkl. MwSt. und Versandkosten; dazu kostenlos: AMS info)

Bestellungen und Bekanntgabe von Adressänderungen bitte schriftlich an: Communicatio – Kommunikations- und PublikationsgmbH, Steinfeldgasse 5, 1190 Wien, E-Mail: verlag@communicatio.cc, Tel.: 01 3703302, Fax: 01 3705934

P. b. b.
Verlagspostamt 1200, 02Z030691M